

Informationen zur Datenverarbeitung

(Stand: 09.02.2024)

Die nachfolgenden Informationen zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten werden Ihnen gemäß Artikel 13 und 14 der Verordnung (EU) 2016/679 (Datenschutz-Grundverordnung, DS-GVO) zur Verfügung gestellt.

1. Verantwortlicher für die Datenverarbeitung

Landeshauptstadt Potsdam
Der Oberbürgermeister
Friedrich-Ebert-Str. 79/81
14469 Potsdam

Innerorganisatorisch für die Datenverarbeitung verantwortlich:

Organisationseinheit	AG 3225 Fahrerlaubnisangelegenheiten
Telefon:	0331 / 289 - 1110
Fax:	0331 / 289 - 843298
E-Mail:	Fahrerlaubnis@Rathaus.Potsdam.de

2. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Datenschutzbeauftragte der Landeshauptstadt Potsdam
Friedrich-Ebert-Str. 79/81
14469 Potsdam

Telefon:	0331 / 289 - 1087
Fax:	0331 / 289 - 841087
E-Mail:	datenschutz@rathaus.potsdam.de

3. Datenverarbeitung

Die Datenerhebung erfolgt beim Betroffenen. Die Art der zu verarbeitenden personenbezogenen Daten ergibt sich aus:

- verschiedenen Dienstleistungen und Antragsformularen der Fahrerlaubnisbehörde
- ggf. aus der persönlichen Vorsprache des Antragstellers

oder

- Die Datenerhebung erfolgte bei einem Dritten. Es werden die folgenden personenbezogenen Datenarten/Datenkategorien verarbeitet:
- Personendaten (Geburtsdatum; Geburtsort; ggf. Geburtsname; Adresse)
 - Fahrerlaubnisdaten

Nur im Falle der Datenerhebung bei einem Dritten:

Die Daten stammen aus der folgenden Quelle:

Anfragen bei anderen Behörden (Fahrerlaubnisbehörden, Staatsanwaltschaft) oder durch Übermittlung von Verwaltungsvorgängen durch andere Behörden an die LHP. Ggf. Auskunftsmittelungen über das Kraftfahrtbundesamt.

Die Quelle ist öffentlich zugänglich: ja nein

4. Zwecke und Grundlagen der Datenverarbeitung

Die Daten werden ausschließlich für folgende Zwecke verarbeitet:

Die Fahrerlaubnisbehörde erhebt und verarbeitet personenbezogene Daten zur Aufgabenerfüllung gem. der Fahrerlaubnisverordnung, des Straßenverkehrsgesetzes, des Fahrlehrergesetzes und der Fahrpersonalverordnung. Die im zentralen Fahrerlaubnisregister gespeicherten personenbezogenen Daten werden von der Fahrerlaubnisbehörde genutzt, um nach Maßgabe der Vorschriften über Datenübermittlungen (§§ 49 ff. FeV, §§ 48, 50 StVG) den berechtigten Informationsbedürfnissen Rechnung zu tragen.

5. Automatisierte Entscheidungsfindung

Es findet

- keine automatisierte Entscheidungsfindung statt.
 eine automatisierte Entscheidungsfindung einschließlich Profiling statt, Art. 22 DS-GVO.

6. Empfänger oder Kategorien von Empfängern

Die personenbezogenen Daten werden erforderlichenfalls folgenden Empfängern bzw. Kategorien von Empfängern zugänglich gemacht:

- innerhalb des Verantwortlichen:
- Bereich IT-Infrastruktur und Service: Im Falle der Behebung einer Systemstörung ist der Zugriff auf personenbezogenen Daten nicht auszuschließen.
 - Stadtkasse / FB 32
 - B322
 - Mitarbeiter/- innen Servicecenter 115
 - Mitarbeiter/- innen Bürgerservicecenter 3221
 - Mitarbeiter/- innen AG 3223 Bürgerservice Kfz-Zulassung

- ☒ **Auftragsverarbeiter**
 - Sorgfältig ausgewählter IT-Dienstleister, der nur im Rahmen der strengen Auflagen einer Datenverarbeitung im Auftrag für die Landeshauptstadt Potsdam tätig wird.
 - Kraftfahrtbundesamt; Zentrales Fahrerlaubnisregister und zentrales Fahreignungsregister §51 StVG
 - Prüforganisationen wie z.B. DEKRA oder TÜV (§52 i.V.m. §49 StVG)
 - andere Fahrerlaubnisbehörden (§§48 ff. StVG)
 - Bundesdruckerei (§25 FeV i.V.m. Anlage 8 FeV)
 - andere Auskunftsberechtigte (§§48 ff. StVG)

- ☒ **Übermittlung an ein Drittland oder eine internationale Organisation:**
 - Kraftfahrtbundesamt; Zentrales Fahrerlaubnisregister und zentrales Fahreignungsregister §51 StVG (ggf. Anfragen ausländischer Fahrerlaubnisbehörden über das Kraftfahrtbundesamt)

7. Dauer der Speicherung

Die Speicherung der personenbezogenen Daten erfolgt für die Dauer von: *Ergänzen.*

Die gem. § 50 StVG im Zentralen Fahrerlaubnisregister gespeicherten Daten sind gemäß den Vorgaben des § 61 Straßenverkehrsgesetz (StVG) zu löschen.

8. Betroffenenrechte

Jede von der Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) insbesondere folgende Rechte:

- ☒ Im Falle einer erteilten Einwilligung zur Datenverarbeitung: ein jederzeitiges Widerrufsrecht in der Form der zulässigen Einwilligung (Art. 7 Abs. 3 DS-GVO)
(Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt.);

- ☒ Auskunftsrecht über die zu ihrer Person gespeicherten Daten und deren Verarbeitung (Art. 15 DS-GVO);

- ☒ Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DS-GVO);

- ☒ Recht auf Datenberichtigung, sofern ihre Daten unrichtig oder unvollständig sein sollten (Art. 16 DS-GVO);

- ☒ Recht auf Löschung der zu ihrer Person gespeicherten Daten, sofern eine der Voraussetzungen von Art. 17 DS-GVO zutrifft

(Das Recht zur Löschung personenbezogener Daten besteht ergänzend zu den in Art. 17 Abs. 3 DS-GVO genannten Ausnahmen nicht, wenn eine Löschung wegen der besonderen Art der Speicherung nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand

möglich ist. In diesen Fällen tritt an die Stelle einer Löschung die Einschränkung der Verarbeitung gemäß Art. 18 DS-GVO.);

- Recht auf Einschränkung der Datenverarbeitung, sofern die Daten unrechtmäßig verarbeitet wurden, die Daten zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen der betroffenen Person benötigt werden oder bei einem Widerspruch noch nicht feststeht, ob die Interessen des Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen (Art. 18 Abs. 1 lit. b, c und d DS-GVO)
(Wird die Richtigkeit der personenbezogenen Daten bestritten, besteht das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung für die Dauer der Richtigkeitsprüfung.);
- Widerspruchsrecht gegen bestimmte Datenverarbeitungen, sofern an der Verarbeitung kein zwingendes öffentliches Interesse besteht, das die Interessen der betroffenen Person überwiegt, und keine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung verpflichtet (Art. 21 DS-GVO).

9. Beschwerderecht

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet wurden. Die Beschwerde ist zu richten an:

Die Landesbeauftragte für den Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht
Stahnsdorfer Damm 77
14532 Kleinmachnow

Telefon:	033203 / 356 - 0
Fax:	033203 / 356 - 49
E-Mail:	poststelle@lda.brandenburg.de